



# Sicherheitspolitik Bremen

[www.sicherheitspolitik-bremen.de](http://www.sicherheitspolitik-bremen.de)

Hans Bösenberg  
Oberst a. D.

Oberländer Hafen 11, Januar 2013  
28199 Bremen  
Tel.: +49-(0)421-69899793  
Fax: 032223774007  
[hans.boesenberg@t-online.de](mailto:hans.boesenberg@t-online.de)

## Newsletter I-2013

### Einleitung

Der politische Diskurs im Jahr 2012 war maßgeblich bestimmt durch Grundsatzfragen zur Zukunft der Europäischen Union. Leidenschaftlich wurden Positionen vertreten, die vom Extrem der vehementen Forderung nach einem Bundesstaat Europa, der „Vereinigten Staaten von Europa“, bis zum gegenteiligen Extrem einer weitgehenden Renationalisierung, „der Repatriierung von Kompetenzen“ reichten, mit allen erdenklichen Zwischentönen. Belebt wurde die Europadebatte durch außergewöhnliche Ereignisse wie die Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU sowie zahlreiche Konferenzen und Gipfeltreffen zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise.

Das Jahr 2012 endete mit einem Gipfel der Regierungschefs am 13./14. Dezember, für den weitreichende Grundsatzentscheidungen angekündigt waren. Vorbereitende Dokumente wurden erarbeitet durch den Kommissionspräsidenten Barroso („Blaupause“) sowie - unter Mitwirkung weiterer europäischer Spitzenpolitiker - durch den Ratspräsidenten Van Rompuy („Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion“). Das Ergebnis des Gipfels, das sich in „Schlussfolgerungen des Europäischen Rates“ niederschlug, war eher enttäuschend und repräsentierte wie schon so häufig den kleinsten gemeinsamen Nenner.

Für das Jahr 2013 sind wiederum Weichenstellungen angekündigt. Die vieldiskutierte Rede des britischen Premiers Cameron vom 23.01.2013 zum künftigen Verhältnis Großbritanniens zur EU hat, neben den primär negativen Implikationen, einen Vorzug: sie rückt Fehlentwicklungen der EU in den Fokus und befeuert die Grundsatzdebatte.

Im Folgenden möchte ich das breite Meinungsspektrum an Hand einer - naturgemäß unvollständigen und willkürlichen - Auswahl kontroverser Verlautbarungen in verschiedenen Reden und Publikationen illustrieren, gegliedert in die Abschnitte „Grundsätzliches“, „Mehr Europa“, „Weniger Europa“, „Europa sui generis“. Ich schließe mit einigen zusammenfassenden und kommentierenden Schlussfolgerungen ab.

### Meinungen

#### I. Grundsätzliches

##### 1. José Manuel Barroso: Rede zur Lage der Union 2012, Straßburg 12. September 2012.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_SPEECH-12-596\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-12-596_de.htm)

Nicht zufällig erinnert der Titel der Rede des Kommissionspräsidenten an die jährliche „Rede zur Lage der Nation“ des US-Präsidenten. Während der Plenartagung des Europäischen Parlaments in Straßburg fasste Barroso in seiner dritten Jahresrede dieser Art einige programmatische Gedanken zum Zustand und zur Zukunft der EU zusammen, „in einer Zeit, in der sich die Europäische Union nach wie vor in einer Krise

befindet: einer Wirtschafts- und Finanzkrise, einer sozialen Krise, aber auch in einer politischen Krise, einer Vertrauenskrise“: „Europa braucht eine neue Ausrichtung ... eine neue Denkweise.“ Er fordert eine „grundlegende Modernisierung“, die eine „enge und echte Wirtschafts- und Währungsunion auf der Grundlage einer politischen Union“ voraussetzt. Er lenkt den Blick auf die soziale Komponente der Krise und der europäischen Idee: „...müssen wir für mehr sozialen Zusammenhalt sorgen. Dieses Merkmal unterscheidet die Europäische Gesellschaft von anderen Modellen.“ Zu weiteren Integrationsschritten macht er deutlich: „Wir müssen jetzt konkrete Schritte in Richtung einer politischen Union einleiten. Wir brauchen einen europäischen öffentlichen Raum, in dem europäische Themen von einem europäischen Standpunkt aus diskutiert und debattiert werden. Wir dürfen nicht länger versuchen, europäische Probleme nur mit nationalen Lösungen zu bewältigen. (...) Die europaweite politische Debatte könnte entscheidend vorangebracht werden, wenn die europäischen Parteien bei den Europawahlen 2014 ihren eigenen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten nominieren würden.“ Anspruch und Stellung der EU in der globalisierten Welt und die Spezifika des Modells EU charakterisiert Barroso wie folgt: „In unserer heutigen Welt zählt die Größe. Was aber den Unterschied ausmacht, sind die Werte. Deshalb muss Europas Botschaft lauten: Wir stehen für Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Solidarität – kurz für unsere europäischen Werte. (...) Die Welt braucht eine EU, die in der Entwicklungs- und humanitären Hilfe weiterhin eine führende Rolle spielt. Die offene Volkswirtschaften fördert und Protektionismus bekämpft. Die an vorderster Front den Klimawandel bekämpft. Die Welt braucht ein Europa, das in der Lage ist, mit militärischen Missionen zur Stabilisierung der Lage in Krisengebieten beizutragen. Wir müssen die europäischen Kapazitäten umfassend überprüfen und mit einer echten kollektiven Verteidigungsplanung beginnen. Ja, wir müssen unsere Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ausbauen und uns auf eine gemeinsame Verteidigungsstrategie verständigen.“ Barroso strebt als Ziel keinen europäischen Superstaat an, sondern „eine demokratische Staatenföderation“, in anderer Formulierung einen „Bund der Nationalstaaten“, der auf „Machteilung“ mit den Nationalstaaten gründet. Eine Änderung des Vertrages von Lissabon, nach erneuter Einberufung eines Konvents, hält Barroso für unumgänglich. Eine Spaltung der EU, etwa durch Etablierung separater Institutionen der Euro-Zone mit grundlegenden Befugnissen, ist für ihn indiskutabel: „Es gibt nur eine Europäische Union. Eine Kommission. Ein Europäisches Parlament“. Und er schließt mit einem emotionalen Bekenntnis: „Wir sollten stolz darauf sein, dass wir Europäer sind. Stolz darauf, dass wir eine reiche und vielfältige Kultur haben. (...) Diese europäischen Gesellschaften mit all ihren Problemen zählen zu den humansten Gesellschaften der Menschheitsgeschichte, und ich finde, darauf sollten wir stolz sein. (...) Europa hat eine Seele.“

**2. Prof. Dr. Norbert Lammert: Rede zum „Tag der Deutschen Einheit“ am 03.10.2012 in München.**  
<http://www.bundestag.de/bundestag/praesidium/reden/2012/004.html>

Der Bundestagspräsident schlägt in seiner Rede den Bogen von der deutschen zur europäischen Einigung mit dem Kernsatz „Wir sind das Volk. Wir sind Deutschland. Wir sind Europa.“ Deutschland sei wie Europa geprägt durch gelebte Vielfalt. Deutschland schöpfe daraus seine Stärke, für Europa gelte das gleichermaßen. Den Wesensgehalt der EU charakterisiert er: „Sie ist der historisch einzigartige, beispiellose und zugleich beispielhafte Weg ihrer Mitgliedsstaaten, nationale Souveränitätsrechte zu übertragen – mit dem Ziel, ihre Souveränität zu wahren, die in Zeiten der Globalisierung nur gemeinsam mit Erfolg geltend gemacht werden kann.“ Und das Prinzip und Ziel des Vereinigungsprozesses unterstreicht er: „Wir tauschen zunehmend nationale Souveränität, die unter gründlich veränderten Kräfteverhältnissen politisch wie ökonomisch verlorengelht, gegen den Selbstbehauptungswillen einer Staatengemeinschaft, die gemeinsam die Kraft entfalten kann und entfalten soll, zu der die Nationalstaaten allein nicht mehr, jedenfalls nicht mehr in der gewohnten und gewünschten Weise in der Lage sind.“ Er charakterisiert die Besonderheit des Konstrukts EU: „Die Europäische Union ist kein Staat, sie ist eine Gemeinschaft von Staaten, die nach den vertraglichen Vereinbarungen ihrer Mitglieder immer mehr staatliche Aufgaben wahrnimmt. Dieses Modell gab es bisher nirgendwo. Wir bauen sozusagen den Prototyp.“ Zu dem immer wieder beklagten Demokratiedefizit der EU stellt er klar: „Aber wahr ist auch, dass es keine andere Staatengemeinschaft oder internationale Organisation gibt, die eine vergleichbare oder gar höhere demokratische Legitimation ihrer Organe aufweist als die Europäische Union.“

**3. Bundeskanzlerin Angela Merkels Rede im Europäischen Parlament am 07.11.2012.**  
<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2012/11/2012-11-07-merkel-eu.html>

Pragmatisch und konkret im Hinblick auf die Lösungsansätze für die aktuelle Krise, geschichtsbewusst und zukunftsweisend im Hinblick auf den Wesenskern des europäischen Einigungsprozesses äußert sich die deutsche Bundeskanzlerin in ihrer Rede vor dem Europäischen Parlament.  
„Anstatt uns zurückzulehnen, müssen wir vielmehr auf allen Ebenen der Union Schritt für Schritt dafür sorgen, dass sich die Stärken Europas wieder entfalten können: die Freiheit, die Dynamik und der

Wohlstand, den uns die Europäische Union im Innern bieten kann; die Durchsetzungskraft und Geltung, die uns die Europäische Union nach außen in der Welt verschafft. (...) Die Europäische Union ist ein einzigartiges Gebilde. Deshalb müssen wir auch jetzt das tun, wofür Europa zu Recht berühmt ist: Wir müssen erfinderisch sein. (...) Wir müssen endlich zu einem echten Austausch zwischen der europäischen und der nationalen Ebene kommen. Ich setze mich für ein neues gestuftes und differenziertes Verfahren ein, in dessen Rahmen die Mitgliedstaaten mit Zustimmung ihrer Parlamente verbindliche und durchsetzbare Reformvereinbarungen mit der europäischen Ebene, also zum Beispiel der Europäischen Kommission, schließen.“ Merkel greift die warnenden Stimmen zu Spaltungstendenzen und zur Renationalisierung auf: „Ich weiß um die Sorge vor einer Spaltung in eine EU der 17 und der 27 bzw. bald 28. Ich glaube, wir können dieser Sorge ganz überzeugend begegnen. (...) Ich werde mich jedenfalls dafür einsetzen, dass die vertiefte Wirtschafts- und Währungsunion nicht zu einem Europa der zwei Geschwindigkeiten führt, sondern eine Union der doppelten Kraft wird. (...) ... ich weiß auch um die Sorge vor einer Nationalisierung des Europäischen. Ich bin jedoch davon überzeugt: Wenn wir das, was wir jetzt vor uns haben, gut machen, wenn wir also die Lektion dieser Krise wirklich lernen, dann werden wir das genaue Gegenteil erleben. Dann werden wir eine Europäisierung des Nationalen erleben, und das geradezu im Zeitraffer.“

#### **4. Martin Schulz, Präsident des EP, Berliner Europarede am 09.11.2012 – „Rückkehr zur Langfristigkeit“ (wortgleich in der FAZ vom 10.11.2012)**

<http://www.martin-schulz.info/index.php?link=4&bereich=1&details=1&id=973>

In seiner „Berliner Europarede“ stellt der Präsident des Europäischen Parlaments kritisch, druckvoll und in historischer Einordnung die Erfolge und Zukunftsaussichten der EU heraus. Er nimmt Bezug auf den Schuman-Plan von 1950 als Initialzündung der Montan-Union: „In der Rückschau auf das 20. Jahrhundert ist der Schuman-Plan historisch der Gegenentwurf zum Versailler Vertrag des Georges Clemenceau: Nicht ‚Auf die Knie, an den Pranger, ihr seid schuld‘ – sondern: ‚Bekennet euch zu eurer Verantwortung und wir reichen euch die Hand zum Frieden‘. (...) Den Deutschen die Hand zu reichen, das hat damals unermesslichen Mut erfordert, zudem politische Klugheit und große Weitsicht.“ Er verweist auf die Kernnationen der europäischen Einigung: „Die deutsch-französische Freundschaft war über Jahrzehnte der Motor der europäischen Einigung. De Gaulle und Adenauer schufen das Fundament für ein völlig neues Miteinander der beiden Völker“, und ergänzt mit Blick in die Gegenwart: „Heute, fast ein Jahrzehnt nach der Osterweiterung, ist es an der Zeit, dieses deutsch-französische Paar um einen Dritten im Bunde zu erweitern: Polen“. Er ruft die selbstverständlich gewordenen Erfolge der europäischen Einigung in Erinnerung: „... auf dem wohlhabendsten Kontinent dieser Erde frei reisen, arbeiten und leben zu können, mit einem Lebensstandard und einem Grundrechtsschutz, der in anderen Teilen der Welt wie ein Traum erscheint.“ In der derzeitigen Verlagerung der vorrangigen Entscheidungsebene auf die Exekutive, der „Vergipfelung“, sieht Schulz ein an den Wiener Kongress 1814/15 erinnerndes Unterlaufen demokratischer Strukturen. Dabei sei nationalstaatliche Souveränität in der globalisierten Welt wegen der stark eingeschränkten Handlungsfähigkeit einzelner Nationen ohnehin gravierend beschnitten, lediglich eine Fiktion. Den notwendigen Souveränitätsverzicht der Nationalstaaten sieht er, Ulrich Beck zitierend, als Souveränitätsgewinn in einem europäischen Positivsummenspiel: „Entweder gewinnen wir alle oder verlieren wir alle“. Und weiter: „Die Gemeinschaftsmethode, in den Gemeinschaftsinstitutionen verankert – das ist die Basis, um Handlungsfähigkeit und Demokratie in Europa zu bewahren“. Skeptisch steht Schulz den Vorstellungen von einem Kerneuropa, einer europäischen Avantgarde, einem Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten gegenüber: „Die EU muss weiterhin positive Integrationskräfte entfalten und darf keine Abgrenzungsunion werden“. Im Hinblick auf die derzeitige Krise mahnt Schulz an, vom „Durchwursten (...) zu einer Politik der Langfristigkeit zurückzukehren. (...) Die Europäische Union ist schließlich ein Langzeitprojekt, das immer Langzeitdividenden abgeworfen hat – und sie verdient eine Langzeitperspektive, über die Tagespolitik, über Umfragewerte, über Wahltermine hinaus. (...) Den Primat der Politik durchzusetzen, das strategische Interesse eines geeinten Europas angesichts weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Gewichtsverschiebungen nicht aus dem Blick zu verlieren – das erfordert eine Rückkehr zur Langfristigkeit“.

## **II. „Mehr Europa“**

### **1. Daniel Cohn-Bendit, Guy Verhofstadt: „Für Europa! - Ein Manifest“, Carl Hanser Verlag, München 2012. ISBN 978-3-446-24187-9**

Leidenschaftlich werben die beiden prominenten Europa-Abgeordneten für revolutionäre Schritte hin zu einer „föderalen Union Europa“, den Begriff „Vereinigte Staaten von Europa“ nicht scheuend. Derzeit sehen sie die weitere Entwicklung der EU existentiell bedroht: „Nur ein Frontalangriff kann uns noch retten.“

Bereits 2006 hatte sich Verhofstadt, der ehemalige belgische Premierminister, zeitweise Kandidat für die Position des Kommissionspräsidenten, in seinem Buch „Die Vereinigten Staaten von Europa“ vehement für die Zukunft der EU engagiert.

Wortgewaltig breiten die beiden Autoren in dem Manifest ihre Argumente aus: „Mehr Europa ist die einzige Garantie, um unseren Wohlstand, unsere sozialen Errungenschaften und unsere kulturelle Diversität zu bewahren. (...) Nur in einem postnationalen Europa sind wir imstande, die Ideale von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit dauerhaft zu verankern. (...) Wir brauchen eine umfassende Umwälzung: die Gründung einer echten föderalen Union mit supranationalen europäischen Institutionen. (...) Konkret bedeutet dies, dass wir die Europäische Kommission so rasch wie möglich zu einer echten Regierung umstrukturieren müssen (...) Es wäre ein enormer Rückschlag, wenn das europäische Projekt scheitern würde. Nicht nur für uns selbst, sondern auch für die Entwicklung unseres Planeten, denn es würde dem Multilateralismus einen fatalen Schlag versetzen. (...) Unser Vaterland ist von jetzt an Europa. (...) Die europäische Union ist eine supranationale, keine internationale Institution. (...) Mit einer eigenen Außenpolitik, basierend auf europäischen Diplomaten und einem autonomen europäischen Heer. (...) Entweder wählen wir entschlossen ein föderales Europa, die Vereinigten Staaten von Europa, oder wir fallen alle gemeinsam zurück in unsere nationalen Verliese. (...) ... darum muss nach den europäischen Wahlen 2014 sofort eine verfassunggebende Versammlung zusammengerufen werden (...) Heute geht es darum, konkret politische Macht zu teilen, die bis dahin integraler Bestandteil der Souveränität der Staaten gewesen ist: der Sozialbereich, die Steuern, die Wirtschaft, das Budget, die Verteidigung, die Außenpolitik. (...) Wir müssen einen europäischen Staat errichten. (...) Wir schlagen vor, dass sich das europäische Parlament nach den Wahlen 2014 im Einverständnis mit dem Ministerrat, der anderen mitlegislativen Kammer selbst zur verfassunggebenden Versammlung erklärt und eine europäische Verfassung schreibt, die nicht einfach nur die bestehenden Verträge resümiert, wie das 2004 der Fall war. (...) Nur eine europäische Armee, die mobil und technologisch auf dem neuesten Stand ist, kann in Zukunft unsere Werte und unsere Unabhängigkeit verteidigen.“

## **2. Die europäische Einigung im 21. Jahrhundert: Unser Ziel ist der europäische Bundesstaat. Programm der „Europa-Union Deutschland“. (Düsseldorfer Programm vom 28.10.2012)**

<http://goo.gl/AS2vr>

Die wohl weitestgehende und entschiedenste Forderung nach einem europäischen Bundesstaat artikuliert die „Europa-Union Deutschland“, eine unabhängige und überparteiliche Vereinigung mit 17.000 Mitgliedern, organisiert in 15 Landesverbänden: „Auf Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gibt es nur eine Antwort: Mehr Europa! (...) Wir setzen uns als deutsche Sektion der Union Europäischer Föderalisten zusammen mit unseren Partnern für die Vollendung der bundesstaatlichen Einigung Europas ein.“ Das Bundesstaatsmodell und der Weg dahin werden präzisiert: „Ziel der europäischen Einigung ist die Schaffung eines demokratisch-rechtsstaatlichen Bundesstaats auf der Grundlage einer Verfassung, die möglichst durch ein europaweit einheitliches Referendum bestätigt werden sollte. (...) Das Europäische Parlament wählt die europäische Regierung, deren Vorgängerin die Europäische Kommission ist. Es hat das Initiativrecht und beschließt gleichberechtigt mit einer Staatenkammer, dem Rat, über Einnahmen und Ausgaben sowie alle europäischen Gesetze. (...) Die Angleichung der Lebensverhältnisse auf hohem Niveau innerhalb des europäischen Bundesstaats ist eine wesentliche Voraussetzung für seinen Bestand. (...) Die Außenpolitik, einschließlich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, ist Angelegenheit des europäischen Bundesstaats, der seine Mitglieder mit Sitz und Stimme in allen internationalen Organisationen vertritt.“ Der Beispielcharakter dieses europäischen Einigungsmodells wird in überbordendem Optimismus unterstrichen: „Die europäische Einigung kann Vorbild für die staatenübergreifende Zusammenarbeit in einer föderalen Weltordnung sein.“

## **III. „Weniger Europa“**

### **1. Hans Magnus Enzensberger: „Sanftes Monster Brüssel oder die Entmündigung Europas“, Suhrkamp Verlag, Berlin 2011.**

Der Autor beschreibt in seinem polemischen Essay die EU als Konstruktion von oben und bemängelt die schwerwiegenden Demokratiedefizite. Er spricht von einem "Geburtsfehler der Institution": "Von Anfang an stand hier der technokratische Aspekt im Vordergrund: Politik hinter verschlossenen Türen. Geheimniskrämerei. Kabinettpolitik." Und er konstatiert: "Die EU hat als Institution, die in der Vergangenheit angetreten war, um sich an wirtschaftlichen Erfolgen messen zu lassen, heute also auch ihre ursprüngliche Legitimation verloren." Am Schluss seines Buches stellt er fest: „Europa hat schon ganz andere Versuche überstanden, den Kontinent zu uniformieren. Allen gemeinsam war die Hybris, und keinem von ihnen war ein dauerhafter Erfolg beschieden. Auch der gewaltlosen Version eines solchen Projektes

kann man keine günstige Prognose stellen. Allen Imperien der Geschichte blühte nur eine begrenzte Halbwertszeit, bis sie an ihrer Überdehnung und an ihren inneren Widersprüchen gescheitert sind.“

**2. Heribert Dieter: „Maastricht 2.0“, SWP-Aktuell 54, Sept. 2012.**

[http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2012A54\\_dtr.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2012A54_dtr.pdf)

Vorwiegend abgeleitet von der Finanzpolitik stellt der Autor grundsätzlich den Sinn eines „Mehr Europa“ in Frage und setzt auf Renationalisierung: „Weitreichende Zentralisierung schafft vielmehr neue Probleme und wird die wirtschaftliche Entwicklung in der EU bremsen statt befördern (...) Die Entmachtung der Mitgliedstaaten gilt als Allheilmittel. Sie ist zum Fetisch geworden: Supranationalen Verfahren werden gleichsam magische Kräfte zugeschrieben, mit denen sich angeblich nicht nur die jetzige Krise überwinden, sondern auch künftige Finanzkrisen verhindern lassen. (...) Betrachtet man die Risiken einer stärkeren Vertiefung der Integration, stellt sich die Frage, ob es überhaupt Alternativen gibt. Diese Frage kann bejaht werden: Europa kann sich weiterentwickeln, ohne einen von zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern abgelehnten großen Sprung nach vorne zu wagen. (...) Die Krisenbekämpfung muss wieder stärker auf nationale Eigenverantwortung setzen und supranationale Lösungen als Ultima Ratio betrachten.“

**3. Rainer Hank: „Der Ausnahmezustand Europas“, FAZ vom 12.08.2012**

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/schuldenkrise-der-ausnahmezustand-europas-11852316.html>

„Europa droht zu zerbrechen“ befürchtet Rainer Hank in der FAZ, und er warnt vor den „Euroromantikern“: „Die Eliten sagen, jetzt müsse eine politische Union her. Doch das ist nicht mehr als eine Phantasie von Dichtern. Es ist an der Zeit, Europa vor den Rettungseuropäern zu retten und Alternativen stark zu machen.“ Hank setzt auf den Nationalstaat: „Zu sagen, um den asiatischen oder atlantischen Wirtschaftsblöcken stark begegnen zu können, brauche es ein zentral geeintes Europa, ist eine relativ neue Rede. Mehrere Jahrhunderte lang zuvor war es die Vielfalt der europäischen Staaten, die listig ihnen den Vorrang vor den großen Flächenstaaten Asiens sicherte. Niemand soll sich jetzt in der Not einreden lassen, es gebe nur einen einzigen Weg zur europäischen Integration. Die zentralistische Haftungsgemeinschaft ist nicht „alternativlos“. Nicht die weitere Schleifung der Souveränität der Nationalstaaten, sondern ihre Schärfung könnte Europa retten.“

**4. Ludwig Poullain: „Zeit für einen Schlussstrich bei der Eurorettung“. CICERO Online, 08.10.2012.**

**Ludwig Poullain: „Schafft den Euro ab!“, CICERO Online, 31.10.2012**

<http://www.cicero.de/kapital/zeit-fuer-einen-schlussstrich-bei-der-eurorettung/52063>

<http://www.cicero.de/weltbuehne/schafft-den-euro-ab/52400>

Zu einem Rundumschlag setzt der bekannte politisierende Ökonom Ludwig Poullain an: „Komme mir nur jetzt keiner mit der These, der Euro habe die Völker vor einem neuen Krieg bewahrt, oder ärger noch: Nur sein Bestand vermöge in Zukunft einen Krieg zu verhindern. Auch ohne Euro wird in Europa niemals mehr aufeinander geschossen werden. (...) Die Euphorie, mit der wir Gleichgesinnten nach dem Krieg Europa anstrebten, entsprang dem Bedürfnis, nach der Welt des Mordens zukünftig auf einem Kontinent des Friedens zu leben. Um dies sicherzustellen, erschien auch mir in den ersten Jahrzehnten nach Kriegsende der Weg, die Grenzen zwischen den Völkern verschwinden zu lassen, als der logische. Damals habe ich nicht bedacht, wie viel andersartig sie doch alle sind, die Griechen und Norweger, die Italiener und Finnen, die Spanier, Serben, Holländer, Balten und die Deutschen. Europa ist nun einmal von seiner Geschichte, seinen Völkern und ihren Kulturen als Ansammlung von Nationalstaaten geprägt. Das sollten auch die Einigungsfetischisten respektieren und es dabei belassen. (...) Für mich gilt als Gesetzmäßigkeit, dass verschiedenartige Volkswirtschaften nicht unter dem Dach einer gemeinsamen Währung leben können. Also wird der Euro einem ständig wachsenden Druck der sich hieraus entwickelnden zentrifugalen Kräfte ausgesetzt sein. Ihm wird er nicht standhalten. Sein Ende rückt näher. (...) Nun gebt doch einmal endlich Ruhe, ihr Turboeuropäer, und haltet inne in eurem hektischen Tun. Klettert heraus aus euren Hamsterrädern, legt eure Hände in den Schoß und versucht, euch eures Verstandes zu bedienen! Besinnt euch! Hört damit auf, uns Völkern unser Wesen zu stehlen und uns unserer Gesichter zu berauben! Wer von euch hat uns, die Menschen des alten Europas, jemals danach gefragt, ob wir ein einziges Volk werden wollen? Nur eure grenzenlose Anmaßung hat euch den verwegenen Gedanken eingeben können, euer Streben gelte auch unserem Ziel.“

**IV. „Sui Generis“**

**1. Jürgen Habermas: „Zur Verfassung Europas“, Suhrkamp Verlag, Berlin 2011.**

**ISBN 978-3-8389-0262-3**

In seinem Essay setzt sich Habermas ebenso wie in zahlreichen weiteren Publikationen mit großem Nachdruck für die europäische Einigungsbewegung ein, allerdings mit dezidiert eigenständigen und

kritischen Vorstellungen zur Gestaltung einer stärker integrierten EU. Er kritisiert die fortschreitende „intergouvernementale Aushöhlung der Demokratie“ durch „den Exekutivföderalismus eines sich selbst ermächtigenden Europäischen Rates“. Weder den Nationalstaat in „seiner längst durchlöchernten Souveränität“ noch den europäischen Bundesstaat, die „Vereinigten Staaten von Europa“, wertet er als realistische und anzustrebende Zielvorstellung. Er tritt ein für eine Änderung des Lissaboner Vertrages mit dem Ziel einer „transnationalen Demokratie“, für die eine „bundesstaatliche Verfassung das falsche Modell“ wäre. Er sieht Europa als Modellprojekt der Transnationalisierung: eine demokratisch verfasste, im Gegensatz zu den herkömmlichen souveränen Nationalstaaten auch in einer globalisierten Welt handlungsfähige politische Union, an die die Nationalstaaten weitgehende Souveränitätsrechte abgetreten haben.

### **3. Robert Menasse: „Der Europäische Landbote – Die Wut der Bürger und der Friede Europas“, Paul Zsolnay Verlag, Wien 2012, ISBN 978-3-552-05616-9.**

Erhebliche Beachtung gefunden hat mit seinem 2012 erschienenen Essay der österreichische Schriftsteller Robert Menasse, der auch in den Medien zur Thematik des europäischen Einigungsprozesses häufig engagiert Stellung nimmt. Grundsätzlich ist er ein begeisterter Anhänger der europäischen Einigungsvision und supranationaler Lösungen, wünscht sich allerdings keineswegs Vereinigte Staaten von Europa nach USA-Modell, sondern „ein nachnationales Europa der Regionen“. Gegen eine Renationalisierung zieht er nachdrücklich zu Felde und argumentiert zugleich vehement gegen Fehlentwicklungen im europäischen Einigungsprozess. Ziele seiner Kritik sind vor allem der „Europäische Rat“ als kontraproduktive intergouvernementale Institution und die zu geringen Rechte des „Europäischen Parlaments“. „Es ist gelungen, die Kommission, die nach ursprünglichem Konzept perspektivisch die Regierung eines vereinten Europas werden sollte, zu einem besseren Sekretariat eines gestärkten Rats zu degradieren. (...) Das Problem ist also der Europäische Rat. Er ist die vorgeblich demokratisch legitimierte gemeinschaftliche Institution – die allerdings nicht die Demokratie, sondern den Nationalismus auf eine neue Ebene gehoben hat ... (...) Europa ist in Wahrheit ein Europa der Regionen. Die Aufgabe europäischer Politik wäre es, Europa politisch zu dem zu machen, was es faktisch ist“, nämlich ein Europa geprägt durch „die Vereinheitlichung der Rahmenbedingungen des Lebens und die Differenzierung des Lebens durch Subsidiarität. Welchen Sinn, welchen Vernunftgrund soll da noch die dazwischengeschaltete Instanz ‚Nation‘ haben? Rational ist sie durch nichts mehr zu begründen. (...) Die Menschen sind doch in Wahrheit in ihrer Region verwurzelt, durch das Leben in ihrer Region geprägt Was ist schon ‚nationale Identität‘ verglichen mit Heimatgefühl? (...) Die regionale Identität ist die Wurzel der europäischen. Der Nationalismus stirbt ab, mittelfristig kann man auch die nationalen Parlamente abschaffen.“ In der Krise sieht Menasse euphemistisch die Chance, „dieses historisch völlig Neue, das weltweit innovative, kühne, europäische Avantgarde-Projekt: die nachnationale Demokratie“ zu verwirklichen. In Nationen verankerte Demokratie hält Menasse für ein Auslaufmodell des 19. und 20. Jahrhunderts: „... wir müssen eine neue Demokratie erfinden. Eine Demokratie, die nicht an die Idee des Nationalstaats gekoppelt ist. (...) am Ende wird etwas völlig Neues entstehen, keine Übernation, sondern ein Kontinent ohne Nationen, eine freie Assoziation von Regionen, kein superstaatlicher Zentralismus, sondern gelebte demokratische Subsidiarität.“

### **3. Ulrich Beck: „Das deutsche Europa“, Suhrkamp Verlag, Berlin 2012, ISBN 978-3-518-06286-9.**

Auch Ulrich Beck ist ein überzeugter Anhänger der europäischen Einigung, jedoch keinesfalls mit dem Ziel eines Bundesstaates. Er kritisiert den bisher eingeschlagenen Weg, plädiert für eine stärkere Einbindung der Bevölkerung, für „Demokratie von unten“ statt für „Demokratie von oben“ durch Anpassung der Institutionen. Die derzeitige Art der Krisenbewältigung verletze demokratische Regeln und verursache somit ein Defizit an Legitimität, sei in ihrem Ergebnis unsozial und ungerecht, zeitige neue unkontrollierte Machtverhältnisse, spalte Europa in Gruppen. „Die Europäische Union kann sich in zwei Richtungen entwickeln. Im guten Fall gelingt es ihr endgültig, die kriegerische Geschichte der Nationalstaaten zu überwinden und auf dem Weg der demokratischen Kooperation die derzeitigen Krisen zu zähmen. Im anderen Fall bereiten die technokratischen Reaktionen auf die Krise das Ende der Demokratie vor, da die angeblich notwendigen Maßnahmen mit dem Hinweis auf die drohende Katastrophe legitimiert werden, jede Opposition für unzulässig erklärt und in diesem Sinne absolutistisch regiert wird.“ Beck beschreibt die Auseinandersetzung zwischen „Euroarchitekten“ und „Nationalstaatsorthodoxen“, wobei seine Sympathie, allerdings mit deutlichen Korrekturen, bei ersteren liegt.“ Beck fordert mehr Kooperation und Solidarität, um aus dem „Positivsummenspiel der Europäisierung“ kein „Nullsummenspiel“ werden zu lassen. Kooperation und Integration im Einigungsprozess dabei müssen von Gleichberechtigung statt Hierarchien geprägt sein.

Auf der Ebene der Bürger gibt es nach Becks Ansicht viel mehr Europa, als gemeinhin realisiert wird. Deshalb sollte „die übliche institutionelle Sicht auf die EU (...) ergänzt und gebrochen werden durch eine Perspektive, die den Standpunkt des Individuums einnimmt. (...) Die junge Generation erfährt demnach die

europäische Gesellschaft als >doppelte Souveränität<: als Summe nationaler und europäischer Entfaltungschancen.“ Beck fragt: „Ist es da nicht zutiefst verwunderlich, daß diese Erfahrung des gelebten Europa in den gegenwärtigen Diskussionen über die Euro- und Europa-Krise so gut wie gar nicht vorkommt?“ Und er antwortet: Das liegt meiner Ansicht nach vor allem daran, daß Politiker, aber auch Politikwissenschaftler, die sich mit Europa befassen, die europäische Integration zumeist *eindimensional* und *institutionalisiert* denken.“ Diesen Prozess nennt Beck „vertikale Europäisierung“ im Gegensatz zur „horizontalen Integration“ des „gelebten Europas“. Beide Prozesse sind notwendig. Auf der Ebene des gelebten Europa wird den Bürgern der krisengeschüttelten Staaten Südeuropas derzeit eine „ungeheuerliche Ungerechtigkeit“ zugemutet, Europa wird als extrem unsozial erlebt. Um ein demokratisches Europa „von unten“ zu gestalten, aus der Zivilgesellschaft heraus, bedarf es einer Identifikation mit gemeinsamen Werten, eines europäischen Bewusstseins. Hier liegen derzeit erhebliche Defizite. Ein Ansatz, dies zu ändern, kommt in dem von prominenten Europäern (Helmut Schmidt, Jacques Delors und anderen) im Mai 2012 veröffentlichten Manifest zum Ausdruck, das ein „Doing Europe“ propagiert, beispielsweise durch ein für alle Berufsgruppen offenes „Freiwilliges Jahr.“ Beck schlägt den Bogen: „Die Perspektive auf die Demokratie von unten ist unvollständig, wenn man sie nicht durch den Blick auf die Architektur der Institutionen einer europäischen Demokratie ergänzt. Dabei ist unter anderem das Dilemma zu lösen, wie die nationale Demokratie erhalten bleiben kann, während die transnationale Demokratie an Autorität gewinnt.“

**4. Peter Bofinger, Jürgen Habermas, Julian Nida-Rümelin:  
„Einspruch gegen die Fassadendemokratie“, FAZ, 03.08.2012.  
<http://goo.gl/n4R67>**

Wie nach dem oben schon erwähnten Habermas-Essay zu erwarten, formulieren Jürgen Habermas und seine Mitautoren eine Absage an das Modell Bundesstaat, zählen aber zu den ausdrücklichen Befürwortern weiterer Integrationsschritte hin zu einer europäischen politischen Union. Sie reklamieren eine klare Zielvorstellung, fordern einen Strategiewechsel sowie energische Integrationsschritte durch eine kerneuropäische Avantgarde. Sie drängen auf eine Überwindung des Legitimationsdefizits durch Demokratisierung der Entscheidungsgänge. Europa soll politische Gestaltungskraft gewinnen, nicht zuletzt, um „das Unwesen des gespenstischen Paralleluniversums, das die Investmentbanken und Hedgefonds neben der realen, Güter und Dienstleistungen produzierenden Wirtschaft aufgebaut haben.“ Sie präzisieren und untermauern ihre Vorstellungen: „Es bedarf eines neuen Kurses. Er muss die Rolle Europas im Rahmen der Weltpolitik definieren. (...) Das erfordert klare verfassungspolitische Vorstellungen von einer supranationalen Demokratie, die ein gemeinsames Regieren erlaubt, ohne die Gestalt eines Bundesstaates anzunehmen. Der europäische Bundesstaat ist das falsche Modell und überfordert die Solidaritätsbereitschaft der historisch eigenständigen europäischen Völker. (...) Eine Diskussion über die finalité des Einigungsprozesses böte die Gelegenheit, den bisher auf wirtschaftliche Fragen eingegengten Fokus der öffentlichen Diskussion zu erweitern. (...) Die europäischen Bevölkerungen müssen lernen, dass sie ihr sozialstaatliches Gesellschaftsmodell und die nationalstaatliche Vielfalt ihrer Kulturen nur noch gemeinsam behaupten können. Sie müssen ihre Kräfte bündeln, wenn sie überhaupt noch auf die Agenda der Weltpolitik und die Lösung globaler Probleme Einfluss nehmen wollen. Der Verzicht auf die europäische Einigung wäre auch ein Abschied von der Weltgeschichte.“

**5. Bernd Ulrich: „Panik statt Politik“, Die Zeit, 09.08.2012  
<http://www.zeit.de/2012/33/01-Europa-Krise-Euro-Rettung>**

Für ein Europa der „infinalité“, zumindest in der überschaubaren Zukunft, plädiert Bernd Ulrich: „Der Streit über die Finalität Europas würde jetzt ins Chaos führen. (...) Die Befürworter des großen Sprungs reden gern von der *finalité*, das heißt, sie glauben, dass die aktuelle Krise erst überwunden werden kann, wenn klar ist, wie die endgültige Gestalt der EU aussehen soll. Wie kommen sie da bloß drauf? Ist es nicht viel wahrscheinlicher, dass ein riesiges Durcheinander ausbricht, wenn nun zugleich die aktuelle Krise und das Endziel der EU diskutiert werden? Würden sich darauf nicht jene an den Finanzmärkten geradezu freuen, die fähig sind, aus politischem Chaos persönlichen Profit zu ziehen? Eine ganz andere Konsequenz aus der gegenwärtigen Krise liegt viel näher: Wir brauchen ein Europa der *infinalité*, eines, das sein politisches System flexibel und korrigierbar hält, ein fehlerfreundliches Europa, das sich Regeln gibt, die solche Schuldenexzesse unwahrscheinlich machen, ein Europa, das nicht mehr Macht nach Brüssel gibt, als Brüssel verträgt, eines, das seine Bürger weder überfordern noch erziehen will.“

**6. Ulrich Speck: „Europa ist mehr als der Euro“, Der Tagesspiegel, 16.12.2012.  
<http://goo.gl/OsnBc>**

Grundsätzlich ein überzeugter Europäer, zeigt sich Ulrich Speck in seiner Analyse doch sehr skeptisch und

entwirft mit originell-eigenständigen Ansichten ein differenziertes, horizonterweitertes Bild: „Die EU und ihre Vorläufer haben vier geopolitische Verdienste: die Verwandlung der ‚Erbfeindschaft‘ zwischen Frankreich und Deutschland in eine Freundschaft; die Stabilisierung der Demokratie in Griechenland, Portugal und Spanien; die Einbettung der deutschen Einigung; eine Schlüsselrolle bei der Transformation Mittel- und Osteuropas nach dem Untergang des Sowjetreiches. Ohne die europäische Integration würde es in Europa heute womöglich ähnlich aussehen wie im asiatisch-pazifischen Raum, wo Krieg zwischen großen Mächten wieder denkbar ist, wo nationalistischer Furor die Regierungen zur Kompromisslosigkeit zwingt und wo ein Wettrüsten stattfindet. Die asiatische Region bräuchte dringend etwas von jener Ressource, über welche die EU massenweise verfügt: Vertrauen zwischen Nachbarn. (...) In Wahrheit ist Berlin ebenso unwillig, Souveränität abzugeben, wie es Paris ist. (...) Nach über 20 Krisengipfeln ist klar, dass das europäische Haus nicht neu gebaut wird. Aus der Eurozone wird kein Staat, Brüssel erhält keine souveräne Macht. Die politischen Grenzen der Integration sind erreicht, die Nationalstaaten bleiben Herren im europäischen Haus. (...) Die EU war immer etwas Singuläres, ein Gebilde „sui generis“, wie es das Bundesverfassungsgericht formuliert hat. Die Nachbildung von staatlichen Institutionen auf europäischer Ebene ist ein Irrweg, die Politik muss stattdessen Kreativität zeigen und etwas Neuartiges schaffen. (...) Großbritanniens Teilnahme an der EU [ist] essentiell wichtig. Der Erfolg der EU beruht auf einem Mix aus politischen Ideen und Traditionen. Großbritannien ist der klassische Anwalt des wirtschaftlichen und politischen Liberalismus, ein Gegengewicht zu etatistischen Präferenzen auf dem Kontinent. Mit einem Ausscheiden Großbritanniens würde die EU erheblich an Kraft und Dynamik verlieren. (...) Die EU muss anfangen, weltweit Ordnungspolitik zu betreiben: in der Nachbarschaft; gegenüber alten und neuen Mächten; und in Zonen der Anarchie und Staatslosigkeit, soweit sie strategisch wichtig sind.“

## **7. Weitere Stimmen**

Im Zwischenbericht der von Deutschland inspirierten „Außenministergruppe zur Zukunft Europas“ vom 15.06.2012 ( <http://goo.gl/IPqy2> ) wird konstatiert: „... die politische Debatte über die Zukunft des europäischen Projekts muss jetzt geführt werden“. Das bedeutet nicht, sie unter dem Druck der Schuldenkrise zeitlich zu überstürzen und inhaltlich zu verkürzen.

Die Mitte letzten Jahres gestartete Initiative „Ich will Europa“ ( <http://goo.gl/cN2gb> ) setzt ein starkes Signal, das über die aktuelle Krisenbewältigung hinausweisend europäische Kerngedanken und Visionen zu beleben sucht.

Günther Oettinger, der offensichtlich in seiner Position als EU-Kommissar an Renommee und Einfluss gewinnt, formuliert in einem Interview in „Die Zeit“ vom 30.08.2012 erfreulich deutlich und konkret: „... brauchen wir bis zum Jahresende [2012!] eine grundsätzliche Weichenstellung, wie Europa bis zum Jahr 2020 aussehen soll. ... Die Kommission muss zu einer echten Regierung weiterentwickelt werden, das Europäische Parlament muss gestärkt und der Europäische Rat eine vollwertige Zweite Kammer werden. Für einige große Fragen braucht die EU vollständige Kompetenzen. Das gilt für die Außen- und Verteidigungspolitik und für die Infrastruktur. Die Währungsunion muss durch eine gemeinsame Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik ergänzt werden. Auch die Energiepolitik muss europäisiert werden. Umgekehrt brauchen wir eine Art Negativkatalog, in dem festgelegt wird, bei welchen Themen die EU die Mitgliedsstaaten in Ruhe lässt.“

Wolfgang Schäuble wird in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ vom 23.12.2013 auf die Frage nach seinem „Ideal von Europa“ mit einem starken integrationsfreundlichen Plädoyer zitiert: „Und dann wünsche ich mir, dass wir eines Tages eine europäische Regierung bekommen, die vom Parlament gewählt wird. So wie der Bundestag den Bundeskanzler wählt. Oder ein europäischer Präsident würde direkt vom Volk gewählt, so wie in Frankreich und Amerika. Wenn wir Europäer einen von uns direkt zum Präsidenten machen könnten, in einer demokratischen Wahl, das wäre doch was, meine ich! Und mit einer Direktwahl wäre auch schneller eine europäische Öffentlichkeit zu erzeugen. Wir wählen seit 1979 zwar das Europäische Parlament direkt, aber das hat noch nicht dazu geführt, dass wir eine europäische Öffentlichkeit haben, wie eine deutsche, eine französische oder eine niederländische.“

Im Anschluss an den sogenannten „WELT-Wirtschaftsgipfel“ der WELT-Zeitungsgruppe am 08.01.2013 in Berlin erschien die „Welt am Sonntag“ vom 13.01.2013 mit einer Sonderbeilage „Die Zukunft Europas“. Einige bemerkenswerte Beiträge fasse ich im Folgenden zusammen.

- „Weniger Europa ist mehr Europa“, von Thomas Schmid.  
Schmid sieht eine große Zustimmung zur EU in der Bevölkerung „in einem täglichen Plebiszit“, meint jedoch, die Politik solle sich zurücknehmen. Er plädiert für weniger visionäres Pathos und „EU-Lyrik“, stattdessen für mehr Pragmatismus, Nüchternheit und Sachlichkeit. Insoweit hält er weniger Europa für mehr Europa, insgesamt ist seine Einschätzung zuversichtlich.
- „Die Institutionen sind der Schlüssel“, von Wolfgang Schäuble.  
Er fordert vor allem eine verbesserte Funktionsfähigkeit europäischer Institutionen, eine Optimierung



der Entscheidungsabläufe. Die demokratische Legitimation sei dringlich zu erhöhen, das Subsidiaritätsprinzip stärker zu beachten. Die europäische Ebene müsse gestärkt werden, denn „die Welt des 21. Jahrhunderts wartet nicht auf Europa“.

- „Europas Zukunft steht auf dem Spiel“, von Michael Stürmer.  
Sehr skeptisch sieht Stürmer die Chancen der EU, die angestrebte Rolle als global player zu verwirklichen: „Nach der Weltenwende von 1989 verschrieb sich die EU dem Ziel, gleichrangig unter den künftigen Weltmächten zu sein. Die Lissabon-Agenda verhieß Führung unter den Hightech-Mächten der Zukunft. Seit der Krise hat man davon nicht mehr viel gehört. Aber auch ohne Krise bleibt die Frage, ob die Architektur der Union geeignet ist, so große Ziele zu erreichen.“
- „Deutschland kann es nicht richten“, von Clemens Wergin.  
Die Bewältigung der Schuldenkrise findet bei Wergin wenig Zustimmung und bewegt ihn zu grundsätzlichen Wertungen: „Die Vertiefung der Euro-Zone und die tendenziell angelegte voranschreitende Vergemeinschaftung von Risiken [sind] der falsche Weg (...). Denn das würde das Prinzip Eigenverantwortung bis zur Unkenntlichkeit verschleifen. (...) je weniger Vertiefung und Gemeinschaftshaftung in der Fiskalunion, desto besser.“
- „Spiel entlang des Abgrunds“, von Thomas Kielinger.  
Kielinger befasst sich mit der britischen Europaskepsis und den derzeitigen Renationalisierungsbestrebungen. Ein „Europa à la carte“, eine „EU-Mitgliedschaft „lite“ will er den Briten keinesfalls zubilligen, denn dies würde „Nachahmer wecken und das EU-Gebäude zum Einsturz bringen“.
- „Wird Amerika europäischer?“ von Robert D. Kaplan  
Der renommierte Autor liefert im Interview eine rigorose Außensicht auf die Chancen Europas in der zukünftigen Weltordnung.  
Europa stecke in einer tiefen politischen und strukturellen Krise. „Das Wohlfahrtsstaats-Modell ist am Ende, doch den europäischen Politikern fehlt der Mut, dies ihren Wählern in aller Deutlichkeit zu sagen. Der Euro-Zone wird es nicht gelingen, Erste-Welt-Länder wie Deutschland mit Dritte-Welt-Ländern wie Griechenland unter einen Hut zu bekommen. Europa ist zu geteilt durch seine Geografie wie auch unterschiedliche Entwicklungsmuster. Es gibt nicht dieses eine Europa, sondern mehrere Europas: Das karolingische (die Europäische Union), das preußische (Deutschland, von Berlin aus regiert), das habsburgische (die Viségrad-Länder), das alte byzantinische und der türkische Balkan haben immer noch ihre Bedeutung. (...) Europa wird sich ausdehnen, zugleich aber auch ausfransen. Die Ausdehnung könnte bis nach Moskau oder zum Kaukasus reichen. Europa wird nicht so schnell, wenn überhaupt, mit einer Stimme sprechen, weil seine Nationalstaaten unterschiedliche geopolitische Interessen aufgrund ihrer Geografie und Geschichte haben. Solange auch die Verteidigungsetats nicht steigen, wird Europas Macht immer begrenzt bleiben.“

Auch diese Beiträge zeigen das breite Meinungsspektrum zur Zukunft Europas auf, das als Basis für die zielgerichtete Führung einer Gemeinschaft von 27 Nationen nur schwer vorstellbar ist.

## **Schlussfolgerungen**

Seit Jahrhunderten bewegt die Idee der Einigung Europas die Denker dieses Kontinents. Seit dem Ende des 2. Weltkriegs ist die europäische Einigungsbewegung zentrales Thema konkreten politischen Handelns mit weltpolitisch relevanten Wirkungen. Obwohl der Einigungsgedanke grundsätzlich nur wenig Widerspruch findet, ist die politische Debatte in den nunmehr über 60 langen Jahren im Hinblick auf das konkrete Ziel und den Weg dorthin von einem überraschend starken Dissens und einem sehr breiten und schwankenden Meinungsspektrum geprägt.

Der fortschreitende Einigungsprozess weist viele Zäsuren auf wie die Einführung des Binnenmarktes, die verschiedenen Erweiterungssprünge oder die, wenn auch unvollkommene, Formulierung einer gemeinsamen Außenpolitik. Aus den zähen Bemühungen resultierten in der Regel Fortschritte in der Festigung der Gemeinschaft. Dies gelang erstaunlicherweise trotz häufig mangelnden Konsenses unter den Nationen und innerhalb der Gesellschaften. In der Staatsschuldenkrise die EU zwar vielfach langfristig nicht nachhaltige Antworten gefunden, sich aber auch nicht als handlungsunfähig entpuppt. Die Entscheidung für die unabweisbar notwendige Stützung der besonders betroffenen Mitgliedsländer und die Etablierung von Instrumenten wie des ESM unterstreichen dies.

Die derzeitige Staatsschuldenkrise stellt eine Herausforderung dar, die weit über die wirtschaftlichen Aspekte hinausreicht. Sowohl die EU-internen Gegensätze als auch die äußeren Herausforderungen der globalisierten Welt zwingen zu Entscheidungen mit Langzeitwirkung. Eine intensive Debatte ist dabei

förderlich. Sie darf sich aber nicht in der derzeitigen Unverbindlichkeit erschöpfen, sondern muss in überschaubarer Zukunft zu nachhaltigen Resultaten führen.

Einige Leitlinien und Grundsätze kristallisieren sich aus dem breiten Meinungsspektrum heraus:

- Ein Kernproblem ist der fehlende Konsens über die langfristige Zielvorstellung zur Gestalt Europas, zur Finalität. Die Zielvorstellung wird bezeichnenderweise von vielen Autoren derzeit mit diffusen Begriffen umschreiben. Die Finalitätsdebatte muss geführt werden und ein Ergebnis erzielen, an dem sich unumgängliche mittelfristige Entscheidungen orientieren können und das kohärentes und zielbewusstes politisches Handeln ermöglicht. Dies bedeutet nicht, dass ein statischer „EU-endstate“ festgeschrieben werden muss. Es ist vielmehr eine flexibel gehaltene Zielvorstellung zu definieren, die Raum lässt für die korrekturfähige Anpassung an unvorhergesehene Herausforderungen und dynamische politische Einschätzungen und Prozesse. Die von manchen präferierten kleinen pragmatischen Schritte führen ohne weitgehenden Konsens über ein Gesamtziel lediglich zum „Durchwursteln“.
- Ein Weg zurück, eine Renationalisierung, führt zu unvermeidbaren Risiken und zur Irrelevanz Europas in einer globalisierten Welt. Die in diese Richtung zielenden Ansichten sind eher in unreflektierten Befindlichkeiten begründet als in rational nachvollziehbaren Analysen. Die Herausforderungen der globalisierten Welt – übermächtige transnationale Finanzstrukturen, internationaler Terrorismus, Umweltbedrohungen etc – überfordern eindeutig nationale Kompetenzen.
- Das Ziel eines Bundesstaates „Vereinigte Staaten von Europa“, etwa in Analogie zu den „Vereinigten Staaten von Amerika“ ist weder erreichbar, noch notwendig, noch wünschenswert. Ein solches Modell findet keine Unterstützung bei den europäischen Völkern, verleugnet die Stärken Europas, die gerade in seiner Vielfältigkeit liegen, und konterkariert das zukunftssträchtige neuartige Projekt eines Zusammenschlusses, der passende und beispielgebende Antworten auf die Herausforderungen einer fundamental veränderten Weltordnung bietet.
- Das „sui generis“- Modell, weder Bundesstaat noch Staatenbund, der „Staatenverbund“, ist die Königslösung. Es bedarf der Präzisierung und Ausgestaltung sowie eines allgemeinen und grundsätzlichen Konsenses. Dieses Modell zielt auf eine „politische Union“, eine solidarische Haftungs- und Transferunion mit ausgeprägter, bisher nicht realisierter sozialer Komponente. Die EU ergänzt mit ihren Kompetenzen und Befugnissen verbleibende nationalstaatliche Zuständigkeiten unter Beachtung des Grundsatzes der Subsidiarität. Die Kompetenzabgrenzung bedarf dazu einer Neubestimmung.  
Die Ausgestaltung des „sui generis“- Modells ist eine faszinierende innovative Zukunftsaufgabe. Der Grad der Integration bedarf im Einzelnen der vertraglichen Festlegung, und zwar durch einvernehmliche Gemeinschaftsverträge, nicht durch Verträge zwischen EU und Nationalstaat. Die Überarbeitung des Lissaboner Vertrags ist trotz voraussehbarer Zustimmungsprobleme unabweisbar. Vom derzeitigen Integrationsstatus ausgehend ist eine deutliche Stärkung integrativer Entscheidungs- und Handlungsstrukturen geboten. Der Grundsatz der Subsidiarität ist dabei jedoch gleichzeitig intensiver zu beachten, Regulierungsexzessen der Kommission zu begegnen.
- Einheit und Zusammenhalt der EU sind unverzichtbar. „Zwei Europas“, das der Euro- und der Nicht-EuroStaaten, stellen keine lebensfähige Option dar. Andererseits sind unterschiedliche Geschwindigkeiten zum Erreichen von Zwischenzielen möglich und von Fall zu Fall sinnvoll. Dies sollte vorrangig vertragskonform als „ständige strukturierte Zusammenarbeit“ erfolgen. Daraus resultierende „abgestufte Mitgliedschaften“ in konzentrischer Intensität sind nicht ausgeschlossen (Schengen, Euro) – allerdings immer innerhalb einer allgemein akzeptierten Gemeinschaftsidee und Grundstruktur. Zu einem erfolgversprechenden Modell innovativer Zusammenarbeit mit Avantgarde-Charakter sollte insbesondere das „Weimarer Dreieck“ Deutschland-Frankreich-Polen ausgebaut werden.  
Wenn jedoch unwillige Staaten einen Konsens über grundsätzliche und langfristige Ziele der Union verweigern, dürfen sie in der EU auf Dauer keinen Platz finden. Dies gilt selbst für Großbritannien, obwohl einer EU ohne Großbritannien ein wesentlicher machtpolitischer und ideologischer Baustein fehlen würde. Insbesondere in der Außen- und Sicherheitspolitik ist Großbritannien als Atommacht und UN-Sicherheitsratsmitglied naturgemäß ein kaum verzichtbares Schwergewicht. Die vom britischen Premier mit seiner leicht erpresserischen Rede vom 23.01.2013 ins Spiel gebrachte „Repatriierung“ von Befugnissen, die auf eine Freihandelszone reduzierte oder als „Europa à la carte“ gestaltete EU, wäre jedoch ein Einstieg in die Auflösung der EU, in ein Europa der 27 bzw. 28 Geschwindigkeiten. Dass Cameron einige bedenkenswerte Reformansätze angesprochen hat, ist zwar nicht zu leugnen; diese Reformen müssen aber innerhalb der Gemeinschaft erarbeitet werden, nicht im Konflikt zwischen EU und Nationen.

- Die vielbeschworene Souveränitätsfrage stellt sich nicht ernsthaft im Grundsatz, sondern allenfalls in Details der Umsetzung. Zum einen ist nationale Souveränität ohnehin unwiederbringlich stark erodiert, zum anderen wird Souveränität nicht „abgegeben“, sondern auf eine andere Ebene übertragen. Im Verbund nationaler und supranationaler Befugnisse wird insgesamt Souveränität, die maßgeblich von Handlungsfähigkeit und Werteerhalt bestimmt ist, zusammengeführt und gestärkt. Das von Menasse propagierte „Europa der Regionen“ stellt zwar eine überzogene Position dar, der Gedanke einer Stärkung der Regionen im Verbund EU-Nation-Region ist jedoch ein wichtiger Baustein.
- Die Handlungsfähigkeit der EU muss durch Ausweitung der durch Mehrheitsentscheidungen gestaltbaren Politikbereiche gestärkt werden zu Lasten des derzeit immer noch dominanten Einstimmigkeitsprinzips. In besonderem Maße besteht Handlungsbedarf bei der Formulierung und Umsetzung einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Dies ist Voraussetzung für die Etablierung der EU als Machtfaktor im globalen Kontext. Auf keinem anderen Politikfeld stößt die Verlagerung nationaler Souveränität in vergleichbarem Maße auf Widerstände. Diese müssen überwunden werden unter Inkaufnahme von Abhängigkeiten. Die europäische Sicherheitsstrategie bedarf dringend der Präzisierung und verstärkter Verbindlichkeit, wie der Umgang mit dem „Arabischen Frühling“ schlagend beweist. Überlegenswert ist die Schaffung einer Position eines Streitkräftekommissars. Das langfristige Ziel einer europäischen Armee sollte angestrebt werden, mittelfristig sollten zumindest in erheblich verstärktem Umfang arbeitsteilige Strukturen eingenommen werden. Dass derzeit die Mehrzahl der EU-Staaten tiefgreifende Streitkräftereformen unter rein nationalen Kriterien realisiert, ist ein Anachronismus. Das angedachte Modell der „Synchronized Armed Forces Europe“ bietet sich als Zwischenziel an.
- Ein supranationaler Verbund weist nicht per se Demokratiedefizite auf. Aus demokratisch fundierten Gesellschaften erwachsen durch neuartige Organisationsformen kaum autokratische Strukturen. Es müssen jedoch neue Formen demokratischer Willensbildung etabliert werden, die sich nicht unbedingt an nationalstaatlichen Vorgaben orientieren. Sowohl die institutionelle als auch die zivilgesellschaftliche, basisdemokratische Formierung bietet Entwicklungspotential. Das Prinzip der Gewaltenteilung muss dabei auch auf europäischer Ebene durchgesetzt werden. Die Initiativ- und Kontrollfunktionen des Parlaments und der Handlungsspielraum der Kommission müssen zu Lasten der Ratskompetenzen erweitert werden. Im Europaparlament müssen sich nationübergreifende Parteistrukturen verstärken und der Kommissionspräsident ist durch das Parlament in Übereinstimmung mit den Mehrheitsverhältnissen zu wählen.
- Ein „europäisches Bewusstsein“, ein Gemeinschaftsgefühl ist bereits in der Bevölkerung in weit stärkerem Maße vorhanden als allgemein angenommen wird; es hat bereits eine solche Selbstverständlichkeit angenommen, dass es rational kaum realisiert wird. Das friedliche Europa ohne Grenzen wird von der „Erasmus“- Generation praktiziert und hoch geschätzt, seine Errungenschaften werden nicht mehr – wie von der Nachkriegsgeneration - als bedroht angesehen. Der Verweis auf Sprachbarrieren stellt sich als ein lächerliches Argument dar, selbst für einen nicht angestrebten fiktiven Bundesstaat. Kulturelle Vielfalt steht einer „europäischen Identität“ in keiner Weise entgegen, ganz im Gegenteil, sie ist eine Besonderheit und Stärke. Europäische Identität wird vor allem getragen von gemeinsamen universellen Werten wie Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Solidarität und von den historischen Erfahrungen Europas, positiven wie negativen. Sie steht ohne Widerspruch neben der nationalen und regionalen Identität. Etwas schwülstig, aber eingängig und sympathisch sagt Barroso: „Europa hat eine Seele.“ Dazu muss europäische Solidarität praktiziert und publiziert werden; die zur Krisenbewältigung derzeit vertretene Austeritätspolitik ist dazu kaum geeignet.
- Die europäische Einigung ist aus Sachzwängen der Selbstbehauptung geboten, darf sich aber nicht in dieser Begründung erschöpfen. Sie muss im 21. Jahrhundert als ein auf universellen Werten gegründetes Zukunftsmodell an Ausstrahlung gewinnen und sich als Ordnungsmacht einbringen. Die „europäische Vision“ muss wiederbelebt werden. Der Pessimismus, die Lethargie, mit denen heute vielfach das Projekt in der Öffentlichkeit betrachtet und kommentiert wird, ist zu einem großen Teil dadurch gespeist, dass die Selbstverständlichkeit der EU-Erregenschaften die innovative Kraft, die die Gründer-Generation antrieb, erstickt hat. Weichenstellungen zur Reform der Organisationsstruktur der EU, der Kompetenzzuordnungen und Entscheidungsverfahren, zur Stärkung der außen- und sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit, zur Erweiterungsstrategie, zum Abbau des Demokratiedefizits sind überfällig. Eine Debatte muss sorgfältig, konzeptionell und umfassend mit langfristiger Perspektive geführt werden. Die Verhandlungsziele für neue Vertragsgrundlagen sind präzise zu definieren. Ein erneuter Verfassungskonvent in nicht allzu ferner Zukunft erscheint trotz aller absehbaren Widerstände unverzichtbar.